

Pressemitteilung

4. Oktober 2022



Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und des Maßregelvollzugs des Landes Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle · E.-Kamieth-Str. 2 · 06112 Halle (Saale) · Telefon: 0345 514-1732 · Telefax: 0345 514-1745 ·
antje.glaubitz@lvwa.sachsen-anhalt.de · www.psychiatrieausschuss.sachsen-anhalt.de

In schwierigen Zeiten auf einem versuchten Weg zur Normalität Landespsychiatrieausschuss legt 29. Jahresbericht vor.

Am 10. Oktober 2022 übergibt der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und des Maßregelvollzugs des Landes Sachsen-Anhalt seinen 29. Jahresbericht dem Landtagspräsidenten, Herrn Dr. Gunnar Schellenberger, und der Sozialministerin des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Petra Grimm-Benne.

Auch im zweiten Jahr der Pandemie war die Besuchstätigkeit des Ausschusses und seiner Kommissionen erheblich eingeschränkt.

Von einer regelhaften und normalen Versorgung psychisch erkrankter Menschen im Land kann ebenfalls noch nicht ausgegangen werden.

Im Rahmen zweier Fachtagungen tauschten sich die Mitglieder zu einschneidenden und richtungsweisenden Themen und Problematiken aus. So standen im Fokus:

- die Vorhaben der neuen Landesregierung zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgungslandschaft,
- die Konsequenzen aus dem neuen PsychKG LSA,
- die Auswirkungen der künftigen Richtlinie Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik (PPP-RL),
- weiter steigende Belegungszahlen in den Einrichtungen des Maßregelvollzugs und Maßnahmen zur Entspannung dieser Situation,
- Handlungsbedarfe in den Einrichtungen des Maßregelvollzugs,
- die Situation psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher,
- fehlende Unterbringungsmöglichkeiten nach Klinikaufhalten (Erwachsene und Kinder und Jugendliche),
- der Fachkräftemangel.

Zweifelloos erschweren nicht nur die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das psychiatrische Versorgungssystem den Weg in die uns bisher bekannte Normalität.